

**Dr. Magnus Brunner, LL.M.**  
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.491.728

Wien, 6. September 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 11647/J vom 6. Juli 2022 der Abgeordneten Alois Kainz, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 3. und 7.:

Es wird auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 11641/J vom 6. Juli 2022 durch den Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport verwiesen.

Zu 4.:

Zum Stichtag 6. Juli 2022 gehören 21 Menschen mit Behinderung dem Bundesministerium für Finanzen (BMF-Zentralleitung) an. Angemerkt wird, dass davon eine Person von Gesetzes wegen dienstfreigestellt ist.

Von diesen Bediensteten haben 13 einen unbefristeten Dienstvertrag gemäß VBG. Die übrigen Bediensteten stehen in einem (unbefristeten) öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis gemäß BDG 1979.

Derzeit ist keine Person mit Behinderung in einer Leitungsfunktion in der BMF-Zentralleitung tätig.

Zu 5.:

Seit dem Jahr 2012 besteht die Möglichkeit, Menschen mit Behinderung ab einem Grad der Behinderung von 70 % (seit dem Jahr 2022 ab einem Grad von 60 %) aufzunehmen, ohne dafür eine Planstelle zu binden.

Im Bereich der BMF-Zentralleitung wurden unter diesem Aspekt keine Arbeitsplätze geschaffen, da allen beschäftigten Menschen mit Behinderung eine Planstelle zugewiesen werden konnte.

Zu 6.:

Im abgefragten Zeitraum vom 1. März 2022 bis 30. Juni 2022 haben in der BMF-Zentralleitung zwei Personen mit Behinderung ihr Dienstverhältnis beendet. Im ersten Fall erfolgte die Beendigung durch dienstnehmerseitige Kündigung aufgrund der Inanspruchnahme einer Alterspension, im zweiten Fall wurde das Dienstverhältnis einvernehmlich beendet. Es gab keine dienstgeberseitigen Kündigungen.

Der Bundesminister:  
Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt



